

Statt zu einer Jubelfeier hatte der Mieterbund Wiesbaden aus Anlass seines 90-jährigen Bestehens am 19. Juni 2009 die Öffentlichkeit, Vertreter aus der Wohnungswirtschaft, der Stadt- und Landespolitik, von befreundeten Mietervereinen und anderen wichtigen Sozialorganisationen ins Wiesbadener Rathaus eingeladen. „Die Jubelfeier wollen wir uns für unser 100-jähriges Bestehen vorbehalten“, erklärte der Vereinsvorsitzende Helmut Domann in seiner Begrüßungs-



Vorsitzender Helmut Domann

rede. Diesmal wollte man sich Fachfragen widmen. Deshalb hatte man namhafte Fachleute gebeten, über die Zukunftsfragen einer sozialen Stadtentwicklung zu referieren. Nach einem Grußwort von Oberbürgermeister Helmut Müller startete Dr. Axel Ulrich vom Stadtarchiv der Landeshauptstadt Wiesbaden zunächst mit einem Streifzug durch die Historie. Er beschrieb die wirtschaftliche Situation im Gründungsjahr und in den Jahren zuvor. „Viele Menschen unserer Stadt und des gesamten Landes lebten zu dieser Zeit unter Verhältnissen, die man sich heute nicht mehr vorstellen kann und über die wir leider auch nicht allzu viel wissen. Auch damals war die Gesellschaft in Arm und Reich geteilt, aber in einem



Blick ins Publikum

90 Jahre das soziale Gewissen der Stadt

Ausmaß, das heute nicht mehr vorstellbar ist“, führte er unter anderem aus.

Viele Städte hätten sich der demographischen Veränderungen noch nicht angenommen, erklärte der Stadtsoziologe von der Bauhaus-Universität Weimar, Prof. Dr. Frank Eckardt. Es komme in der Einkommensstruktur, aber auch in einkommensunabhängigen Bereichen wie Alter, Kultur und ethnischer Zugehörigkeit zu immer größeren Unterschieden. Insbesondere die Angst und die Scham vor Armut müssten stärker als bisher bekämpft werden, forderte der Wissenschaftler.

Die Ursachen einer sozialen Polarisierung und der damit verbundenen räumlichen Trennung liegen laut Heiner Brülle, Sozialplaner der Stadt Wiesbaden, in der Gesellschaftsstruktur und der immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen Arm und Reich. Brülle wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass 1994 „nur“ 8,2 Prozent der Menschen in Wiesbaden auf

Sozialhilfe (heute Arbeitslosengeld II) angewiesen waren, inzwischen sind es rund zwölf Prozent. Damit seien Chancengleichheit und Gerechtigkeit, was Wohnraum, Bildung, Freizeitgestaltung und Teilhabe in der Gesellschaft angehe, in weite Ferne gerückt.

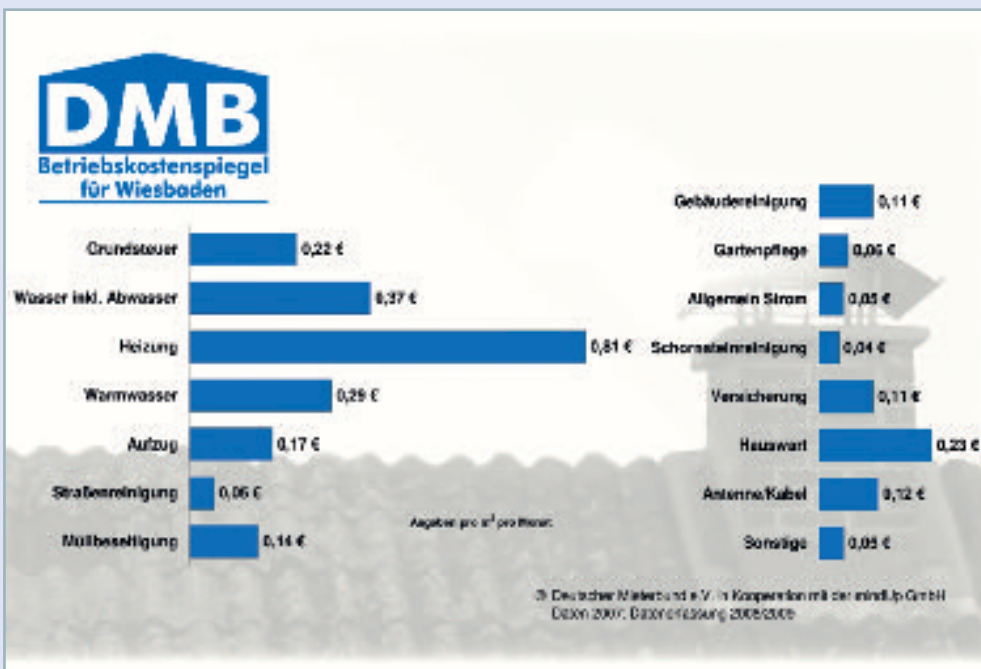
Wiesbadens Stadtentwicklungsdezernent, Prof. Dr. Joachim Pös, wies in seinem Beitrag darauf hin, dass die heutigen Probleme durch die vielfältigen, verschiedenen Lebensstile noch vielschichtiger und durch die aktuelle Weltwirtschaftskrise nicht einfacher lösbar geworden seien. Trotzdem müsse alles getan werden, dass sich die Bürger einer Stadt in ihrer Stadt wiederfinden. Hierzu sei in den letzten Jahren in Wiesbaden einiges geschehen, was Pös anhand von zahlreichen Bildern verschiedener Plätze in Wiesbaden zu verdeutlichen versuchte.

Der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Dr. Franz-Georg Rips, formulierte zum Ab-

schluss der Veranstaltung klare Forderungen seitens des Mieterbundes an die Politik. „Der Bund muss Geld, auch aus dem Steuertopf, in die Hand nehmen, es an die Kommunen verteilen, so dass diese zeitgemäß handeln können. Nur so können soziale Nachbarschaften, Freiheit, Toleranz und Integration in einer schwierigen Zukunft erreicht und gesichert werden.“ Alle Kommunen müssten integrierte Stadtentwicklungskonzepte erstellen, die die Gesichtspunkte des Arbeitens und Wohnens, der Bildung, der Versorgung, der Freizeitgestaltung, des Klimaschutzes und so weiter einheitlich unter Beteiligung aller Akteure mit einer Bestandsaufnahme und mit Zukunftsvisionen behandeln. Diesem ganzheitlichen Ansatz müsse ein Förderprogramm entsprechen, das die verschiedenen Förderprogramme zusammenfasst und sich aus dem Korsett der Verfolgung von Einzelzielen befreie. Ungeachtet dessen dürfe die soziale Wohnraumförderung nicht zu einem historischen Ereignis verkümmern, forderte Rips. „Wir brauchen auch in Zukunft im Bestand und im Neubau Wohnungen, die mit öffentlicher Förderung bezahlbar bleiben“, so der Mieterbund-Präsident zum Abschluss. ■

Erster Betriebskostenspiegel für Wiesbaden

Mieter zahlen 2007 in Wiesbaden durchschnittlich 2,03 Euro pro Quadratmeter im Monat für Betriebskosten. Rechnet man alle denkbaren Betriebskostenarten zusammen, kann die sogenannte zweite Miete bis zu 2,82 Euro pro Quadratmeter und Monat betragen. Dies sind Ergebnisse aus dem ersten Betriebskostenspiegel, den der Mieterbund Wiesbaden jetzt auf Grundlage der Abrechnungsdaten des Jahres 2007 vorgelegt hat. Für eine 80 Quadratmeter große Wohnung mussten bei Anfallen aller Kosten 2 707,20 Euro im Jahr 2007 an Betriebskosten aufgebracht werden. Damit lag Wiesbaden in etwa auf dem hessenweiten Niveau. Die Höhe der kalten, vor allem aber der warmen Betriebskosten wird ein immer wichtigeres Entscheidungskriterium für Mieter bei der Anmietung der Wohnung oder bei der Fortsetzung des Mietverhältnisses. Ziel des Betriebskostenspiegels ist es deshalb, Transparenz und Vergleichbarkeit sowohl für Wohnungssuchende als auch für die tausende



Haushalte herzustellen, die jährlich Betriebskostenabrechnungen erhalten. Außerdem soll der Betriebskostenspiegel Anhaltspunkte für eine Überprüfung der Abrechnungen nach Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten liefern. Und er soll Vermietern Hinweise geben, wo Einspar-

Der Betriebskostenspiegel für Wiesbaden kann kostenlos im Internet unter www.mieterbund-wiesbaden.de heruntergeladen werden.

möglichkeiten existieren und Maßnahmen eingeleitet werden sollten, um überhöhte Betriebskosten zu reduzieren. Der Betriebskostenspiegel bie-

tet also im Wesentlichen vier Vorteile:

- Mit Hilfe des Betriebskostenspiegels können Mieter überblicken, ob die einzelnen Kosten der Höhe nach plausibel sind.
- Wohnungssuchende können vor Abschluss eines neuen Mietvertrages erkennen, ob die vorgegebenen Vorauszahlungen realistisch sind, und sie erhalten Informationen, mit welcher Gesamtmietsbelastung tatsächlich zu rechnen ist.
- Im Zuge der Überprüfung von Nebenkostenabrechnungen bieten Betriebskostenspiegel Anhaltspunkte für überhöhte oder unwirtschaftliche Kostenpositionen.
- Vermieter haben die Chance, Ausreißerpositionen zu erkennen, vergleichsweise hohe Ausgaben für einzelne Betriebskostenarten zu identifizieren und gegebenenfalls Maßnahmen zur Kostenreduzierung einzuleiten.



Stolpersteine

„Ein Name ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist.“ Dies ist das Motto des Kölner Künstlers Gunter Demnig, das seit vielen Jahren seinem „Stolpersteinprojekt“ zugrunde liegt. Mit sogenannten Stolpersteinen – das sind Gedenksteine, die in den Bürgersteig vor den Häusern einge-

lassen werden – möchte der Künstler die Erinnerung an die Menschen lebendig halten, die einst dort wohnten, die unter der Naziherrschaft verfolgt wurden und ums Leben gekommen sind.

Auch vor dem Hause Adelheidstraße 70, in dem sich die Geschäftsstelle des Mieterbundes Wiesbaden wie auch des Deutschen Mieterbundes – Landesverband Hessen befindet, wurden nun am 30. Juni 2009 unter anderem in Anwesenheit von Mieterbund-Geschäftsführer Jost Hemming zwei sogenannte „Stolpersteine“ verlegt. Die Steine erinnern an Bertha Weinberg und ihren Sohn Kurt, die im Haus Adelheidstraße 70 wohnten.

Bertha Weinberg, geborene Schwabe, wurde 1881 in Heiligenstadt geboren, ihr Sohn Kurt 1906 in Guttstadt/Ostpreußen. Seine Schulzeit verbrachte Kurt Weinberg in Wiesbaden. Er war Schüler der Oranienschule. Danach machte er eine Ausbildung zum Fremdsprachenkorrespondenten und lebte in Berlin-Hahleensee. Erst 1940 war er wieder bei seiner verwitweten Mutter in der Adelheidstraße 70 gemeldet. Nach seiner Rückkehr nach Wiesbaden arbeitete Kurt Weinberg bei der Borner Keramik AG in Bad Schwalbach für einen Wochenlohn von 15 Reichsmark.

Bertha Weinberg, eine wohlhabende Amtsgerichtsratswitwe, finanzierte seit 1938 die Umschulung ihres Sohnes bei einem jüdischen Wohlfahrtsverband in Berlin. Mutter und Sohn beabsichtigten auszuwandern. Obwohl Bertha Weinberg alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllte, waren ihre Bemühungen erfolglos. Bertha und Kurt Weinberg wurden am 10. Juni 1942 nach Lublin in Ostpolen deportiert und in Sobibor ermordet. Bertha Weinberg war 64 Jahre alt, ihr Sohn Kurt 39.

Mieterbund Wiesbaden, Adelheidstraße 70,
65185 Wiesbaden, Tel. 06 11/71 65 47-0.
Verantwortlich für die Seiten 16–17: Jost Hemming